

CDU und FDP machen den Weg zu Lohndumping frei – Abschied von Mindestlöhnen, Ausweitung prekärer Beschäftigung (Plenarsitzung vom 04.11.2009)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Laumann. – Nun spricht der Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Laumann, ich habe so meine Zweifel, dass Sie nah bei der Wahrheit waren. Ich hatte eher das Gefühl, dass das eine sehr eigenwillige Interpretation des Koalitionsvertrages war. Fakt ist, dass darin auch einige sehr unschöne Sachen sind. Dazu will ich einiges sagen.

Eines ist klar – das haben Sie eben auch noch einmal betont –: Der Koalitionsvertrag ist unter nicht ganz unwesentlicher Beteiligung von Ihnen bzw. der Landesregierung zustande gekommen.

Es steht fest: Die sozialen Rechte der Schwächsten in dieser Gesellschaft werden erneut unterminiert. Das ist auch ein Ergebnis dieses Koalitionsvertrages. Für Leiharbeiter, Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen und untertariflich Bezahlte deutet sich schon jetzt an, was ihnen in den nächsten vier Jahren ins Haus steht: eine Ausweitung der Minijobs, prekärer Beschäftigung und Lohndrückerei.

Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP wird ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn abgelehnt. Sie und Ihre Parteifreunde in Berlin behalten sich gar die taktische Option vor, nach den Landtagswahlen in NRW die wenigen Mindestlohnregelungen wieder abzuschaffen. Das ist die Realität, und das gehört auch zur Wahrheit, Herr Laumann. Damit würde die in Gang gebrachte Armutsspirale weiter beschleunigt. Genau das befürchten viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Schon jetzt sind nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2006 mehr als 14 % Erwerbstätigen in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt; das sind 5,4 Millionen Menschen.

Wir sagen, dass derjenige, der arbeitet, auch von dieser Arbeit leben können muss. Das entspricht hier in Deutschland aber leider nicht für alle Menschen der Realität, diese Aussage gilt nicht überall. Im Gegenteil: Immer mehr Beschäftigte sind trotz Arbeit aufgrund von Hungerlöhnen von Armut bedroht. Wie das Statistische Bundesamt berichtet, waren im vergangenen Jahr 6,2 % der Erwerbstätigen armutsgefährdet. 1998, also noch vor Rot-Grün, waren es nur 4,6 %.

Deswegen fordert die Linke die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 10 € sowie als ersten Schritt eine spürbare Anhebung der ALG-II-Sätze – das haben Sie auch nicht durchgesetzt im Koalitionsvertrag –, ganz zu schweigen davon, dass Hartz IV grundsätzlich weg

und ein ganz anderes System eingeführt werden muss.

Sie plakatieren, dass sich Arbeit wieder lohnen muss, aber das genaue Gegenteil ist der Fall, denn bei dem, was Sie machen, lohnt sich Arbeit lediglich für eine Lobby von Freiberuflern. Zu meiner Rechten sitzt die Freiberuflerpartei, die FDP. Wer den gesetzlichen Mindestlohn von Rechtsanwälten und Ärzten verteidigt – denn deren Honorare sind nichts anderes als ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn –, sich aber zugleich mit allen möglichen Scheinargumenten einem gesetzlichen Mindestlohn von Pflegekräften, Erzieherinnen und Erziehern sowie Beschäftigten im Dienstleistungssektor widersetzt, der spaltet die Gesellschaft, schwächt den Binnenmarkt und verschärft damit noch weiter die Krise, deren Kosten, wenn es nach Ihnen ginge, den abhängig Beschäftigten aufgehalst werden sollen. Ihre Schuldenpolitik fällt gerade auf die Menschen am unteren Ende der Einkommensskala zurück; das haben wir vorhin schon ausgiebig debattiert.

Ich als Linker kann Ihnen nur sagen: Freuen Sie sich nicht zu früh. Wir haben am 9. Mai 2010 Landtagswahl. Dann wird Ihnen die Rechnung präsentiert. Ich kann Ihnen garantieren, dass die Linke alles tun wird, damit wir nach der Landtagswahl keine Regierung Rüttgers mehr haben werden.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sagel. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.